* **Europa und Nordamerika sind die beiden Weltregionen, in die im Zeitraum 2000 bis 2023 mit Abstand die meisten Menschen eingewandert sind.**
* **In den Jahren 2000 bis 2023 lag die Nettozuwanderung in Europa jährlich bei rund 1,5 Mio. Menschen.**
* **Im Zeitraum 2000 bis 2023 waren Russland, Deutschland, das Vereinigte Königreich, Spanien, Italien, Frankreich und die Türkei die Staaten mit der höchsten absoluten Nettozuwanderung.**
* **Nicht alle europäischen Staaten sind Einwanderungsländer. Im Zeitraum 2011 bis 2023 hatten 17 von 49 europäischen Staaten einen negativen Wanderungssaldo.**

Fakten

Europa und Nordamerika sind die beiden Weltregionen, in die im Zeitraum 2000 bis 2023 mit Abstand die meisten Menschen eingewandert sind. Die Differenz zwischen Zu- und Abwanderung lag in Europa insgesamt bei plus 35,7 Millionen Personen und in Nordamerika bei plus 40,6 Millionen Personen. Nach Angaben des UN Department of Economic and Social Affairs (UN/DESA) war die Nettozuwanderung in Europa in den Jahren 2000 bis 2010 mit jährlich 1,61 Millionen Personen etwas höher als in den Jahren 2011 bis 2023 mit 1,39 Millionen Personen. Hingegen lag in Nordamerika der Wanderungssaldo in den Jahren 2000 bis 2010 etwas niedriger als in den Jahren 2011 bis 2023 (+1,58 Mio. / +1,79 Mio. pro Jahr).

Auch für die Jahre 2024 bis 2060 nimmt das UN/DESA für Europa einen positiven Wanderungssaldo von gut 1,1 Millionen Personen pro Jahr an (Nordamerika: +1,5 Mio. Personen). Der Wanderungssaldo bezieht sich dabei auf zu- und abwandernde Personen, die im Ausland geboren sind sowie auf einheimische Personen, die ihre Heimat verlassen oder in sie zurückkehren. Zu Letzteren gehören Personen, die nach einem temporären Aufenthalt im Ausland in ihre Heimat zurückkehren – zum Beispiel Studenten, Rentner, Techniker, Manager, Kaufleute, Wissenschaftler oder deren Angehörige.

Ausgehend vom weiten Europa-Begriff der Europäischen Kommission liegen für 49 europäische Staaten Daten vor: Laut UN/DESA war im Zeitraum 2011 bis 2023 Deutschland der Staat mit der höchsten Zuwanderung in Europa. Der Wanderungssaldo lag im Durchschnitt bei plus 502.000 Personen pro Jahr. Darauf folgten Russland (+346 Tsd. pro Jahr), das Vereinigte Königreich (+302 Tsd.), die Türkei (+268 Tsd.), Italien (+126 Tsd.) und Spanien (+113 Tsd.). Bis auf die Türkei gehörten alle Staaten bereits in den Jahren 2000 bis 2010 zu den TOP 6 unter den Zuwanderungsländern.

Relativ zur Gesamtbevölkerung und bezogen auf die Staaten mit mehr als 100.000 Einwohnern war die durchschnittliche Nettozuwanderung im Zeitraum 2011 bis 2023 in den Staaten Luxemburg und Malta mit Abstand am höchsten (pro Jahr 17,1 bzw. 16,6 Zuwanderer je 1.000 Einwohner). Darauf folgten Island, Zypern, die Schweiz und Schweden mit jährlich zehn bis sieben Zuwanderern je 1.000 Einwohner. Deutschland stand bezogen auf die Jahre 2011 bis 2023 auf Rang 9 von 45 europäischen Staaten – die Nettozuwanderung pro Jahr lag bei durchschnittlich 6,1 Zuwanderern je 1.000 Einwohner.

Nicht alle europäischen Staaten sind Einwanderungsländer. Von den 49 europäischen Staaten, für die Daten vorliegen, hatten siebzehn im Zeitraum 2011 bis 2023 einen negativen Wanderungssaldo. Aufgrund des russischen Angriffskriegs flüchteten aus der Ukraine allein im Jahr 2022 etwa 5,7 Millionen Menschen. Bezogen auf die Jahre 2011 bis 2023 lag der Wanderungssaldo der Ukraine bei minus 468.000 Personen pro Jahr. Mit großem Abstand folgten Griechenland und die Republik Moldau (jeweils -41 Tsd. pro Jahr), Bosnien und Herzegowina (-32 Tsd.), Rumänien (-26 Tsd.), Kosovo (-22 Tsd.) sowie Albanien (-20 Tsd.). Relativ zur Gesamtbevölkerung waren im Zeitraum 2011 bis 2023 die Republik Moldau, Kosovo, die Ukraine, Nordmazedonien, Bosnien und Herzegowina sowie Albanien am stärksten von der Nettoabwanderung betroffen.

Bei einem Vergleich der Zeiträume 2000 bis 2010 und 2011 bis 2023 sind Deutschland und die Türkei die beiden Staaten, in denen sich die Nettozuwanderung am stärksten erhöht hat. In Deutschland stieg die durchschnittliche Nettozuwanderung von 56.000 Personen pro Jahr auf eine halbe Million. Und die Türkei wurde von einem Nettoabwanderungsland (minus 108.000 Personen pro Jahr) zum viertgrößten Nettozuwanderungsland (plus 268.000). Beide Staaten hatten rund um das Jahr 2015 überdurchschnittlich viele Flüchtlinge und Asylsuchende insbesondere aus Syrien aufgenommen. In Deutschland sind zudem bis Ende 2023 mehr als eine Million Flüchtlinge aus der Ukraine eingewandert. Auch Polen ist durch die Zuwanderung ukrainischer Kriegsflüchtlinge von einem Nettoabwanderungsland (jährlich -18 Tsd. Personen im Zeitraum 2000 bis 2010) zu einem wichtigen Nettozuwanderungsland geworden. Im gesamten Zeitraum 2011 bis 2023 lag die Nettozuwanderung bei gut einer Million – dabei entfiel allerdings allein auf das Jahr 2022 ein Plus von 968.000 Personen.

Neben der oben dargestellten kriegsbedingten Nettoabwanderung aus der Ukraine fallen noch Spanien und Italien auf: Spanien war im Zeitraum 2000 bis 2010 das wichtigste Nettozuwanderungsland und Italien das drittwichtigste (+465 bzw. 289 Tsd. Personen pro Jahr). Und auch wenn beide Staaten nach wie vor mit an der Spitze der europäischen Zuwanderungsländer stehen (Spanien: Rang 6 / Italien: Rang 5), so ist die absolute Nettozuwanderung stärker zurückgegangen als bei allen anderen Staaten – auf plus 113.000 Personen pro Jahr in Spanien bzw. auf plus 126.000 in Italien. Ein wichtiger Grund für die Verringerung der Zuwanderung in Spanien war die Verschlechterung der ökonomischen Lage durch die globale Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 bzw. die sich anschließende europäische Schuldenkrise. So wie Spanien wurden durch die Krise auch Irland und Portugal zwischenzeitlich zu Auswanderungsländern.

Aserbaidschan, Serbien, Kroatien und Griechenland haben gemeinsam, dass sie im Zeitraum 2000 bis 2010 Nettozuwanderungsländer waren und bezogen auf den Zeitraum 2011 bis 2023 zu Nettoabwanderungsländern wurden. Am größten ist der Unterschied zwischen den beiden Zeiträumen in Griechenland: Hier lag die Nettozuwanderung im Zeitraum 2000 bis 2010 noch bei 30.000 Personen pro Jahr. Hingegen wanderten im Zeitraum 2011 bis 2023 netto 41.000 Personen pro Jahr aus Griechenland ab.

Auch in Zukunft werden einzelne Staaten Europas zu den wichtigsten Einwanderungsländern weltweit gehören. Nach Schätzungen des UN/DESA wird die Nettozuwanderung in die ökonomisch entwickelten Staaten in den Jahren 2024 bis 2060 bei insgesamt 108 Millionen Personen liegen – das sind durchschnittlich rund 2,9 Millionen Personen pro Jahr. Von diesen 2,9 Millionen Personen werden laut UN/DESA gut 1,1 Millionen auf Europa entfallen – insbesondere auf Russland (288 Tsd. pro Jahr), das Vereinigte Königreich (248 Tsd.), Deutschland (148 Tsd.) und Frankreich (103 Tsd.).

Datenquelle

United Nations – Department of Economic and Social Affairs, Population Division (2024). World Population Prospects 2024, Online Edition

Begriffe, methodische Anmerkungen oder Lesehilfen

Der **Wanderungssaldo**ist die Differenz zwischen Zu- und Abwanderung. Der Saldo ist positiv, wenn mehr Personen zuwandern als abwandern und negativ, wenn die Abwanderung überwiegt. Aus dem Wanderungssaldo können jedoch keine abschließenden Aussagen über das Ausmaß der Zu- und Abwanderung abgeleitet werden, da beispielsweise ein niedriger Wanderungssaldo auch das Ergebnis von sehr hohen, sich ausgleichenden Zu- und Abwanderungsbewegungen sein kann.

Zusammen mit der **natürlichen Bevölkerungsentwicklung** (Differenz Lebendgeburten/Sterbefälle) bestimmen die **Wanderungsbewegungen** den **Bevölkerungsstand** insgesamt. Der Anteil beider Faktoren hat sich im Zeitverlauf erheblich verändert und unterscheidet sich zudem von Land von zu Land. Informationen zu diesem Thema finden Sie hier:

<http://www.bpb.de/70538>

Weiterführende Informationen zu den **Wanderungen über die Grenzen Deutschlands** finden Sie hier:

<http://www.bpb.de/61640>

Informationen zu den **weltweiten Migrationsbewegungen** finden Sie hier:

<http://www.bpb.de/265535>

Im Gegensatz zur Europäischen Kommission zählt das UN Department of Economic and Social Affairs (UN/DESA) Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Türkei und Zypern nicht zu Europa. Eine Übersicht zu diesem Thema finden Sie hier: <http://www.bpb.de/70675>

Zum Teil weichen die Daten des UN/DESA von denen anderer Institutionen ab. Eine kurze Erläuterung dazu finden Sie hier:

<https://esa.un.org/unpd/wpp/General/FAQs.aspx>

Eine detaillierte Darstellung der wissenschaftlichen Methoden des UN/DESA finden Sie hier:

<https://population.un.org/wpp/Methodology/>

Dieser Text ist unter der Creative Commons Lizenz CC BY-NC-ND 4.0 veröffentlicht.

Bundeszentrale für politische Bildung 2024 | www.bpb.de